

9 Forderungen des Gewerkschaftsbundes Kanton Solothurn (GbS) an die Politikerinnen und Politiker des Kantons Solothurn

Jetzt handeln – statt alle sinnvollen Konjunkturmassnahmen verschlafen!

Der Kanton Solothurn gehört zu den innovativsten und leistungsfähigsten Industriekantonen der Schweiz. Viele kleine und mittlere Unternehmen sind direkt oder als Zulieferer vom Export abhängig. Diese Unternehmen leiden jetzt entsprechend massiv unter den Folgen der internationalen Finanz- und Bankenkrise.

Der Gewerkschaftsbund Solothurn (GbS) ist über die alarmierende wirtschaftliche Entwicklung und die gleichzeitige Untätigkeit der Politik bestürzt. Der Sessionstag vom 25. August wurde mitten in einer Krise abgesagt, in der Stellenabbau, Entlassungen und Kurzarbeit in vielen Betrieben bittere Realität sind. Mehr kann man den Kopf nicht in den Sand stecken, ärger kann man die Augen vor der Krise nicht verschliessen!

Das Volkswirtschaftsdepartement hat es verschlafen, entsprechende Konjunkturmassnahmen auf die Traktandenliste zu bringen. Der GbS ruft die Politik eindringlich auf, jetzt alles daran zu setzen, um die Solothurner Wirtschaft und damit Arbeit und Kaufkraft in unserem Kanton zu erhalten.

Für den GbS stehen 9 Forderungen im Zentrum (siehe Rückseite).

Die 9 Forderungen des Gewerkschaftsbundes Kanton Solothurn (GbS) an die Politikerinnen und Politiker des Kantons

- 1. Die explodierende Jugendarbeitslosigkeit muss mit allen Mitteln eingedämmt werden.** Die jungen Lohnabhängigen, insbesondere die Lehrabgänger/innen, sind von der aktuellen Krise extrem stark betroffen. Darum müssen vorab die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe (Post, Bahnen, Swisscom, Strom- und Energiebetriebe etc.) darauf verpflichtet werden, die Jugendlichen nach der Ausbildung mindestens zwei Jahre weiter zu beschäftigen und mehr Praktikumsplätze zu schaffen.
- 2. Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen dürfen erst als letzte Massnahmen nur nach einer mindestens 30-tägigen Konsultation der Arbeitnehmenden ausgesprochen werden.** Die im Kanton Solothurn bereits respektierte Konsultationsfrist von 30 Tagen darf in keiner Weise in Frage gestellt werden, wie das Chefbeamte des Kantons bereits leichtfertig tun. Zudem ist der Abschluss eines Sozialplanes mit den Gewerkschaften für obligatorisch zu erklären. Das würde verhindern, dass Entlassungen den Belegschaften im Schnellschuss und zum Billigtarif aufgezwungen werden können.
- 3. In ganz oder teilweise stillgelegten Betrieben sind von den kantonalen Arbeitsmark-behörden und von den Unternehmen Transferorganisationen zu schaffen.** Die Transferorganisation ist eine wichtige Auffang- und Übergangsstruktur mit Arbeitsplatzcharakter; die Teilnehmer haben einen entsprechenden Arbeitsvertrag, erhalten einen Lohn und können unter Umständen Zwischenverdienst geltend machen.
- 4. Realloohnerhöhungen sind dringend nötig für die Erhaltung der Kaufkraft der Lohnabhängigen und stützen die Wirtschaft.** Alle ArbeitgeberInnen der öffentlichen Hand (Kanton, Gemeinden, Schulen, Spitäler und Heime, Verkehrs- und Energiebetriebe etc.) müssen mit gutem Beispiel vorangehen und mit kräftigen Lohnanpassungen ein klares Signal gegen die Krise setzen, damit andere Branchen und Betriebe folgen. Die Mitarbeitenden dürfen nicht mit 1 % Lohnerhöhung abgespiesen werden.
- 5. Kein Stellenabbau in den Spitälern der soH.** Restrukturierung in der Krise mit mutmasslichem Abbau von 250 Arbeitsplätzen ist keine Lösung. Kanton und kantonsnahe Betriebe sollen alle Personalmassnahmen aus Reorganisationen sistieren, damit die Rezession nicht durch Konsumrückgang und zunehmende Arbeitslosigkeit noch verstärkt wird.
- 6. Die Kreditengpässe in vielen Unternehmen als Folge brutaler Bankendiktate müssen durch grosszügig ausgestattete Innovationsfonds der öffentlichen Hand abgedeckt werden.** Die Gewährung von Kredithilfen muss an sozial- und umweltverträgliche Mindestbedingungen geknüpft werden wie die Einhaltung von Gesamtarbeitsverträgen und innovative Entwicklungen des ökologischen Umbaus.
- 7. Mit wirksamen Verbilligungen der Krankenkassenprämien, wie sie die Initiative der SP Kanton Solothurn fordert, sind die die Familien mit Kindern, Rentnerinnen und Rentnern mit geringem und knapp genügendem Einkommen, zu entlasten.** Wird die Prämienrunde – wie angekündigt – durchgezogen, so frisst das zusätzlich viel Kaufkraft weg und ist somit Gift für die Konjunktur.
- 8. Die innovativen Industriebetriebe müssen im ökologischen Umbau und in dessen Technologien neu positioniert werden.** Klar ist: Selbst bei einem wirtschaftlichen Aufschwung werden viele Umsätze nicht mehr oder nur mit grossen zeitlichen Verzögerungen zurückkommen. Das heisst, dass die Firmen in neuen Produktionen Fuss fassen müssen. Die neuen, sauberen Energien wie die Fernwärme der KEBAG stellen ein grosses Zukunftspotenzial dar und müssen gefördert werden.
- 9. Für die Umsetzung entsprechender Konjunkturmassnahmen muss eine tripartite Task-Force eingesetzt werden.** Eine ausserordentliche Situation erfordert ausserordentliche Massnahmen. Die „Tripartite Arbeitsgruppe zur Entwicklung von Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit“ (gefordert im Auftrag 104/2009 von Philipp Hadorn, SP, am 6. Mai 2009) muss jetzt eingesetzt werden, damit zusätzliche, breit abgestützte Vorschläge und Programme zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit, Förderung von Investitionen und Konsum und Entwicklung von weiteren Konjunktur stützenden Massnahmen JETZT erarbeitet werden.